

Landkreis Cuxhaven

Ziele können auf vielfältige Art und Weise erreicht werden. Welcher Weg der günstigste ist, hängt immer von den Rahmenbedingungen ab, die zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort bestehen. Damit diese zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden können, ist es notwendig, dass die Entscheidung über den richtigen Weg vor Ort getroffen wird.

Bisher hat das Land zentral entschieden, wie und durch welche Maßnahmen ein gesetzgeberisches Ziel erreicht werden soll. Um z.B. das Ziel zu erreichen, Kindern ausreichende und angemessene Möglichkeiten zum Spielen zu bieten, wurde im Spielplatzgesetz genau geregelt, wann und wo ein Spielplatz zu errichten ist und wie er beschaffen sein muss. Die Verpflichtung, einen Spielplatz zu errichten und zu unterhalten besteht danach auch dann, wenn in dem entsprechenden Wohngebiet überhaupt keine Kinder in der entsprechenden Altersgruppe wohnen oder nicht mehr wohnen. Für die Modellkommunen ist dieses Gesetz nunmehr aufgehoben worden. Das bedeutet aber nicht, dass keine Spielplätze mehr errichtet werden. Vielmehr haben die Kommunen zu entscheiden, ob und in welcher Form ein Spielplatz erforderlich ist.

Dies Beispiel macht auch deutlich, dass durch das Modellkommunen-Gesetz Vorschriften nicht einfach nur gestrichen werden. Der neue Ansatz des Modellkommunen-Gesetzes ist es vielmehr, dass die Kommune nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die Pflicht hat, selbst zu entscheiden, durch welche Maßnahmen ein gesetzgeberisches Ziel erreicht werden soll. Hierzu einige weitere Beispiele: Wie können z.B. die Interessen der Mitarbeiter unter Beteiligung des Personalrates auch dann angemessen berücksichtigt werden, wenn der Personalrat bei bestimmten Einzelmaßnahmen nicht mehr mitwirkt. Wie können rechtmäßige Zustände auch dann gewährleistet werden, wenn z.B. die Teilung eines Grundstücks nicht mehr im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens geprüft wird. Wie kann ein angemessener räumlicher Standard der Kindertagesstätten erreicht werden, ohne dass diese Standards durch das Land vorgeschrieben werden.

Das Modellkommunen-Gesetz eröffnet den Kommunen die Möglichkeit, Alternativen zu den bisherigen gesetzlichen Regelungen zu entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass gerade die Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten dazu führt, die Verfahren zu beschleunigen, die Bürger und die Wirtschaft geringer zu belasten und den eigenen Aufwand zu reduzieren.

Ich möchte aber noch einen weiteren Aspekt ansprechen: Gerade in einer so schnelllebigen Zeit wie der unsrigen mit einem so rasanten technologischen Fortschritt müssen die Kommunen in der Lage sein, schnell und angemessen auf diese Veränderungen zu reagieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass den sich stets wandelnden Anforderungen der Bürger und der Wirtschaft an

die Verwaltung Rechnung getragen werden kann und die Verwaltungsverfahren unter Nutzung der technischen Möglichkeiten so einfach wie möglich gestaltet werden können. Je größer die Handlungsspielräume der Kommunen sind, um so besser und schneller können sie auf Veränderungen reagieren. Eine sinnvolle Reaktion kann z.B. auch die Verlagerung der Zuständigkeit innerhalb der kommunalen Ebene sein. Die Kommunen begrüßen es deshalb außerordentlich, dass das Modellkommunen-Gesetz ihnen auch die Möglichkeit einräumt, in bestimmten Fällen selbst zu entscheiden, ob der Landkreis oder die kreisangehörige Gemeinde für die Wahrnehmung einer bestimmten Aufgabe zuständig sein soll.

Auf Grund des Modellkommunen-Gesetzes können die Modellkommunen innerhalb der vom Land vorgegebenen Ziele und Rahmen Entscheidungen treffen, die den Besonderheiten des Einzelfalls Rechnung tragen. Dadurch fällt Aufwand nur dann an, wenn er für die Erreichung eines Zieles erforderlich ist. Die Modellkommunen werden in die Lage versetzt, schnell und angemessen auf Veränderungen reagieren zu können, einschließlich der Verlagerung von Zuständigkeiten. Dadurch können die Modellkommunen ihre Aufgaben im Hinblick auf Effizienz, Qualität und Bürgerfreundlichkeit bzw. Zufriedenheit der Adressaten staatlichen Handelns erheblich besser erfüllen wie bisher.